

06.06.91

Antrag

des Landes Rheinland-Pfalz

zum

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festsetzung
bestimmter Sätze bzw. Zielsätze der Verbrauchsteuer auf
Mineralöle

KOM(91) 43 edng.: Ratsdok. 4822/91

Punkte 26 der 631. Sitzung des Bundesrates am 7. Juni 1991

Der Bundesrat möge beschließen:

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, bei der weiteren Beratung der Vorlage darauf hinzuwirken, daß bei der Festlegung der Zielsätze für die Mineralölsteuer ausreichend Raum gelassen wird, damit die Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer umgelegt werden kann.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, einen Vorschlag zur Umlegung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer vorzubereiten und vorzulegen.

Ausgeliefert am 06. JUNI 1991

Begründung:

Der Bundesrat hält es für dringend erforderlich, daß vom Steuerrecht zur Verfügung gestellte Instrumentarium stärker als bisher zur Förderung des Umweltschutzes einzusetzen. Er sieht in der Umlegung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer eine hierzu besonders geeignete Maßnahme. Damit würde ein stärkerer Anreiz zum sparsamen Umgang mit wichtigen Ressourcen geschaffen und ein bedeutender Beitrag dazu geleistet, daß Kosten des Straßenverkehrs verursachergerecht angelastet werden. Ferner würden die Umweltprobleme bewußter gemacht und die Einsicht in die Notwendigkeit von Abwehrmaßnahmen gefördert. Schließlich würde die Umlegung eine nicht zu unterschätzende Verwaltungsvereinfachung mit sich bringen.

Um die Möglichkeit zu einer solchen Umgestaltung des Steuerrechts offenzuhalten, ist es unabdingbar, daß im Zuge der Harmonisierung der Verbrauchsteuern im EG-Raum ausreichend Spielraum bei der Festlegung von Zielsätzen für die Mineralölsteuer (auf Benzin und Dieselkraftstoff) gelassen wird.

Sichergestellt werden muß dabei von vornherein eine angemessene Beteiligung der Bundesländer am Mineralölsteueraufkommen.